

Langner, Katrin

Das Studium der Sozialen Arbeit als eine Grundlage für die Gestaltung der
rechtlichen Betreuung

BACHELORARBEIT

HOCHSCHULE MITTWEIDA

UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES

Fakultät Soziale Arbeit

Mittweida, 2017

Langner, Katrin

Das Studium der Sozialen Arbeit als eine Grundlage für die Gestaltung der
rechtlichen Betreuung

eingereicht als

BACHELORARBEIT

an der

HOCHSCHULE MITTWEIDA

UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES

Fakultät Soziale Arbeit

Mittweida, 2017

Erstprüfer: Prof. Dr. Czerner

Zweitprüfer: Prof. Dr. Wedler

Bibliographische Beschreibung

Langner, Katrin

Das Studium der Sozialen Arbeit als eine Grundlage für die Gestaltung der rechtlichen Betreuung. 40 S.

Mittweida, Hochschule Mittweida (FH), Fakultät Soziale Arbeit

Bachelorarbeit, 2017

Kurzreferat

Im Rahmen der Arbeit wird untersucht, ob die Profession der Sozialen Arbeit eine geeignete Voraussetzung darstellt für die Tätigkeit als gerichtlich bestellte/r Betreuer/in. Der Fokus liegt dabei auf der Auswirkung der im Studium erworbenen Kenntnisse zu den besonderen Lebenslagen Betroffener, dem damit einhergehenden Verständnis für diese und der Fähigkeit zur Entwicklung entsprechender Handlungsstrategien zu deren Bewältigung als Grundlage für die Ausgestaltung der Betreuung als Hilfe zur selbstbestimmten Lebensführung auch unter Beachtung der in der BRD geltenden gesetzlichen Bestimmungen (Stellvertreterfunktion des Betreuers).

Inhalt

| | |
|---|----|
| Abkürzungsverzeichnis | 4 |
| Einleitung..... | 5 |
| 1 Betreuungsrecht in der Bundesrepublik Deutschland..... | 7 |
| 1.1 Begriff rechtliche Betreuung | 7 |
| 1.2 Gesetzliche Regelungen | 8 |
| 1.3 Die Person des Betreuers und Betreuerbestellung | 10 |
| 2 Anforderungen an rechtliche Betreuer | 11 |
| 2.1 Erwartungen der Betroffenen an Betreuer | 11 |
| 2.2 Gestaltung der Betreuung aus der Perspektive der Betreuer | 14 |
| 2.3 Aufgaben, Pflichten und rechtliche Stellung des Betreuers | 16 |
| 2.4 Betreuung als Profession – Qualifikationsanforderungen an Betreuer | 17 |
| 3 Studieninhalte in Bezug zu den Anforderungen an Betreuer..... | 22 |
| 3.1 Module Recht I, II, und III | 22 |
| 3.2 Modul Praxisreflexion | 24 |
| 3.3 Module Lebensalter und soziale Arbeit/ Risiko- und Gefährdungslagen der Lebensalter | 25 |
| 3.4 Modul Sozialpolitik | 26 |
| 3.5 Modul Bio-psycho-soziale Grundlagen..... | 27 |
| 3.6 Module Methoden I, II, III, IV | 27 |
| 3.7 Projektmodul..... | 29 |
| 3.8 Modul Arbeitsfelder der Sozialen Arbeit | 29 |
| 3.9 Modul Mensch und Organisation | 30 |
| 3.10 Modul Soziale Arbeit..... | 31 |
| 3.11 Modul Aktuelle Diskurse | 32 |
| 3.12 Modul soziale Ungleichheit | 32 |

| | | |
|---|---|----|
| 4 | Fazit: Eignet sich das Studium der Sozialen Arbeit als eine Voraussetzung für die Tätigkeit als rechtlicher Betreuer? | 33 |
| 5 | Schlusswort | 35 |
| | Literaturverzeichnis..... | 36 |

Die im Text vorwiegend verwendete männliche Form von Berufsbezeichnungen o. ä. steht sowohl für Männer als auch für Frauen und ist keine Diskriminierung oder Benachteiligung von Frauen; sie dient ausschließlich der besseren Lesbarkeit.

Das Studium der Sozialen Arbeit ist aus meiner Sicht und meiner Erfahrung im Rahmen des berufsbegleitenden Bachelorstudienganges „Soziale Arbeit“ an der Fakultät Soziale Arbeit an der Hochschule Mittweida beschrieben. Grundlage der Bearbeitung ist das Modulhandbuch zum berufsbegleitenden Bachelor-Studiengang mit den dem Studienablauf entsprechend aufgeführten Modulen. Die ausgewählten Ausbildungsziele und Lehrinhalte wurden daraus entnommen.

Abkürzungsverzeichnis

| | |
|------------|--|
| BdB e. V. | Bundesverband der Berufsbetreuer/innen |
| BVfB e. V. | Bundesverband freier Berufsbetreuer e. V. |
| BGB | Bürgerliches Gesetzbuch |
| BGG | Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen (Behindertengleichstellungsgesetz) |
| BMJV | Bundesministerium für Justiz und für Verbraucherschutz |
| bzw. | beziehungsweise |
| ca. | circa |
| FamFG | Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit und |
| LAG | Landesarbeitsgemeinschaft |
| SGB | Sozialgesetzbuch |
| o.ä. | oder ähnliche |
| usw. | und so weiter |
| u. a. | und andere |
| u. ä. | und ähnliche |
| z. B. | zum Beispiel |

Einleitung

Anstoß zur Bearbeitung des Themas im Rahmen dieser Arbeit waren meine eigenen Erfahrungen mit dem Handeln von Berufsbetreuerinnen. Diese waren 2015 für zwei der von mir als Sozialpädagogische Familienhilfe und Erziehungsbeistand betreuten Klientinnen bestellt. In einem Fall wurden durch die Betreuerin erhebliche psychische Beeinträchtigungen der Klientin ignoriert, so dass ein Beziehungsaufbau nicht gelang. Der Kontakt zwischen Klientin und Betreuerin fand überwiegend über mich und teilweise auch über die Mitarbeiterin der Schuldnerberatungsstelle statt. Im anderen Fall mischte sich eine weitere Betreuerin bestimmend in Angelegenheiten außerhalb ihres Aufgabenbereiches ein, indem sie die Klientin in der Ausübung ihrer elterlichen Sorge für deren minderjährige Tochter bevormundete. Die körperlich schwerbehinderte Klientin, die zusätzlich unter Aphasie leidet, war zur Klärung nicht in der Lage. Nur durch Gesten konnte sie ausdrücken, dass sie mit diesem Eingreifen nicht einverstanden war. Das fand durch die Betreuerin keine Beachtung, so dass sich die Klientin mit ihrem Anliegen an mich wandte. Die Betreuerin hatte ihr Handeln als gutgemeinte Unterstützung verstanden, die Klientin damit jedoch in der ihr noch möglichen selbstbestimmten Lebensführung erheblich eingeschränkt und meinen Einsatz als Erziehungsbeistand zusätzlich erschwert.

Die Unzufriedenheit mit solchem Vorgehen weckte mein Interesse: Wie funktioniert Betreuung wirklich? Was muss ein Betreuer können?

Vom Gesetzgeber ist die Ausübung einer Betreuung als ehrenamtliche Tätigkeit vorgesehen. „Für sämtliche Bereiche sind keine besonderen Qualifikationen erforderlich, wohl aber die Bereitschaft, diese Vorgaben zu erfüllen“ (Röchling, 2012, S. 148). Demgegenüber steht die Forderung der Berufsverbände nach einer entsprechenden Ausbildung für Betreuer. Diese steht in engem Zusammenhang mit ihrer Forderung nach beruflicher Selbstverwaltung in Form einer Kammer als geeignetes Instrument zur Anhebung des Qualitätsniveaus. Als unabdingbar gilt dabei die Neuordnung des Berufsrechts. Seit geraumer Zeit wird vom Berufsstand in

einem weiterführenden Studium eine Option gesehen zur Qualifizierung der für rechtliche Betreuer geläufigen Doppelkompetenz zur Anwendung sozialen Rechts und zur methodisch qualifizierten psychosozialen Beratungsarbeit (Crefeld, 2003., S. 174). Die aktuell festzustellende gesellschaftliche Aufmerksamkeit für die Thematik wird von Betreuern als vorteilhaft für die Umsetzung ihres Qualitätsanspruchs eingeschätzt. So richtet eine rechtstatsächliche Untersuchung 2016 im Auftrag des BMJV den Fokus auf „gute“ Betreuung und damit auf deren Qualität.

Durch die eingehende Betrachtung der Thematik „Betreuung“ bestätigte sich meine Annahme, dass das anfangs beschriebene selbst erlebte Betreuerhandeln weder den gesetzlichen Festlegungen noch den berufsständischen Qualitätsanforderungen entsprach. Im Betreuungsrecht wurde vieles erreicht, um Betroffenen eine selbstbestimmte Gestaltung ihres Lebens zu ermöglichen. In der Kritik steht nach wie vor das stellvertretende Betreuerhandeln, welches möglicherweise mehr und mehr durch Modelle von Assistenz und Unterstützung auf freiwillig gewählter Basis verdrängt wird (Engelfried 2016, S. 46). Da dies noch nicht der Fall ist gilt es den bestehenden gesetzlichen Rahmen so zu gestalten, dass rechtliche Betreuung von Betroffenen als Unterstützung ihrer selbstbestimmten Lebensführung wahrgenommen werden kann.

„Ich habe mich durch das Studium der Sozialen Arbeit auf diese Anforderungen gut vorbereitet gesehen(,)“ stellte Karl-Heinz Zander in seinem Vortrag auf der gemeinsamen Fachtagung der LAG Betreuungsvereine und der Betreuungsbehörden Sachsen-Anhalt in Wernigerode am 05.11.2014 fest.

Kann das Studium der Sozialen Arbeit eine Voraussetzung für die Gestaltung der rechtlichen Betreuung zum Wohl der Betroffenen sein?

In der vorliegenden Arbeit wird dieser Frage nachgegangen. Dazu werden die unterschiedlichen Anforderungen und Erwartungen an rechtliche Betreuer bzw. rechtliche Betreuung den Studieninhalten gegenübergestellt.

1 Betreuungsrecht in der Bundesrepublik Deutschland

Das Inkrafttreten des Betreuungsgesetzes zum 01.01.1992 wird von den Autoren des Studienbuches als „Paradigmenwechsel“ bezeichnet (Behlert, Tammen, Trenczek 2011, S. 326). Denn rechtliche Betreuung soll den Betroffenen trotz Defiziten durch Krankheit oder Behinderung nunmehr eine selbstbestimmte Lebensgestaltung ermöglichen. Diese Wandlung ist auch an den sprachlichen Neuregelungen zu erkennen: Nur noch für die rechtliche Fürsorge für Minderjährige steht nunmehr der Begriff „Vormundschaft“, deren Regelung durch Familiengerichte erfolgt. Bei betroffenen erwachsenen Personen geht es nun um „Betreute“ – nicht mehr um „Entmündigte“. Für Betreuungsangelegenheiten sind nicht mehr Vormundschaftsgerichte, sondern Betreuungsgerichte als Abteilung der Amtsgerichte zuständig.

Nach seiner Einführung 1992 erfuhr das Betreuungsrecht zahlreiche Änderungen. Zum besseren Verständnis der Problematik folgt an dieser Stelle ein kurzer Überblick über die Rechtsgrundlagen.

1.1 Begriff rechtliche Betreuung

„Rechtliche Betreuung“ steht für Betreuung als Rechtsfürsorge für Volljährige, die ihre Angelegenheiten wegen psychischer Erkrankung, geistiger, seelischer oder körperlicher Behinderung ganz oder teilweise nicht mehr selbst erledigen können, also staatlicher Fürsorge und Unterstützung in rechtlichen Angelegenheiten bedürfen. Der Begriff „rechtliche Betreuung“ ist abzugrenzen vom gemeinhin gebräuchlichen Begriff der Betreuung als Pflege oder praktische Hilfe: „Die praktische Unterstützung von kranken oder alten Menschen, die auch ‚betreut‘ werden, hat mit der gesetzlich geregelten Betreuung nichts zu tun. ‚Rechtliche Betreuung‘ ist also nicht ‚tatsächliche Hilfe‘, sondern ‚Rechtsfürsorge‘“ (Röchling, 2012, S. 144).

Nach dem Grundsatz der Erforderlichkeit darf eine Betreuung nur bestellt werden, wenn diese zur Sicherung der Lebensführung Betroffener erforderlich ist (§ 1896 Abs. 2 BGB). Betreuung wird subsidiär gegenüber anderen für die Betroffenen erreichbaren Hilfestellungen angeordnet. Diese können beispielsweise durch Familie, Nachbarn, Bekannte, Heimpersonal oder allgemeine soziale Dienste geleistet werden (Zander 2003, S. 51). Erst wenn solche anderen Hilfen nicht oder ungenügend zu erlangen sind, wird durch das Betreuungsgericht eine rechtliche Betreuung für die erforderlichen Aufgabenkreise bestellt. Deren Erforderlichkeit ist durch das Gericht spätestens sieben Jahre nach ihrer Anordnung zu überprüfen und über Aufhebung oder Verlängerung der Betreuung zu entscheiden (§§ 294 Abs. 3, 295 Abs. 2 FamFG).

1.2 Gesetzliche Regelungen

Noch bis 1992 galt für Betreuungsangelegenheiten das frühere Recht der Vormundschaft und Pflegschaft für Volljährige im BGB/ Familienrecht. Mit der Einführung des Betreuungsgesetzes (BtG vom 12.09.1990) zum 01.01.1992 wurden rechtliche Rahmenbedingungen zur Wahrung der Menschenwürde und der allgemeinen umfassenden Handlungsfreiheit festgeschrieben und somit endlich in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz (Art. 1 Abs. 1, Art. 2 GG) gebracht. „Es handelt sich hierbei um ein Artikelgesetz, durch das ca. 300 Vorschriften in insgesamt etwa 50 Gesetzen geändert bzw. neu geschaffen wurden. Zu ihnen gehören auch solche des öffentlichen Rechts, wie etwa das Betreuungsbehördengesetz (BtBG). Das Verfahren richtet sich nach FamFG... Unter familienrechtlichem Aspekt ist vor allem der im 3. Abschnitt des 4. Buches BGB enthaltene Titel 2 (§§ 1896 ff. BGB) relevant...“ (Behlert, Tammen, Trenczek, 2011, S. 325 ff.). In ihrer Diplomarbeit formuliert eine Autorin: „Das geschichtliche Kapitel der Bevormundung von Erwachsenen hatte sein Ende gefunden“ (Eulitz-Reißig 2005, S. 13).

Betroffene stehen durch dieses Gesetz nun als Person im Fokus, deren Selbstbestimmungsrecht gewahrt und gestärkt werden soll. Betreuer ha-

ben dem Gesetz nach die Angelegenheiten der Betroffenen unter Beachtung von deren Wunsch und Wohl zu besorgen (§ 1901 BGB).

Das erste Gesetz zur Änderung des Betreuungsrechts trat zum 01.01.1999 in Kraft (1. BtÄndG vom 25.06.1998). Im § 1901 Abs. 1 BGB wurde der Begriff „rechtlich“ eingefügt, um den Wirkungskreis der Betreuer auf rechtswahrende Tätigkeiten einzugrenzen. Weitere Regelungen wurden unter anderem getroffen zum Anheben der Entschädigung für Betreuer im Ehrenamt und für die nach Qualifikation gestaffelte Vergütung der Berufsbetreuer. Vorsorgevollmachten werden gefördert. Betreuungsvereine sind zur diesbezüglichen Information verpflichtet (§ 1908f Abs. 1, 2a BGB). Die Bestellung einer Betreuung ist bei Vorhandensein einer Vollmacht und einer geeigneten bevollmächtigten Person verboten (§ 1896 Abs. 2 S. 2 BGB). Ehrenamtlich geführte Betreuung erhält ausdrücklich Vorrang vor berufsmäßig geführter Betreuung (§ 1897 Abs. 6 BGB).

Zum 01.07.2005 trat das zweite Gesetz zur Änderung des Betreuungsrechts in Kraft (2. BtÄndG vom 21.04.2005). Es regelte u. a. Vereinfachungen, neue Beratungs- und Beurkundungsregelungen für die Vorsorgevollmacht sowie eine erneute Änderung der Vergütungsbestimmungen für Berufsbetreuer in ein Pauschalssystem. In § 1896 BGB wurde Abs. 1a eingefügt, wonach eine Betreuerbestellung nicht gegen den freien Willen des Volljährigen erfolgen darf.

Durch das dritte Gesetz zur Änderung des Betreuungsgesetzes (3. BtÄndG vom 18.06.2009) wurden zum 01.09.2009 unter anderem die Gültigkeit der Patientenverfügung (§ 1901a BGB) und Regeln zur Durchsetzung der Verfügung (§ 1901b BGB) festgelegt, wie beispielsweise zur Führung eines Gespräches zur Feststellung des Patientenwillens, sowie schriftliche Betreuungswünsche und Vorsorgevollmacht in überarbeiteter Form verankert (§ 1901c BGB). Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts am 05.07.2011(vom 29.06.2011, BGBl I S. 1306) wurde die Verpflichtung des Betreuers zum Halten des persönlichen Kontaktes mit dem Betroffenen

hervorgehoben. Pflichtverletzungen des Betreuers können danach auch in dieser Hinsicht zu dessen Entlassung führen (§ 1908b BGB).

Im Betreuungsrecht gab und gibt es weitere Gesetzesänderungen. Da sie die hier zu bearbeitende Thematik nicht direkt betreffen, kann im Rahmen der vorliegenden Arbeit auf deren Darstellung verzichtet werden.

1.3 Die Person des Betreuers und Betreuerbestellung

Die Betreuung darf nicht gegen den freien Willen des Volljährigen bestellt werden (§ 1896 Abs. 1a BGB). Vom Gesetzgeber ist vorrangig ehrenamtliche Betreuung durch Angehörige oder vom Betroffenen benannte Personen bzw. die Erledigung der Angelegenheiten der Betroffenen durch Bevollmächtigte vorgesehen (§ 1897 BGB). Im Gesetz wird der Begriff „geeignete Person“ nicht näher definiert und es sind keine besonderen Ansprüche an die Qualifikation für die Tätigkeit als Betreuer formuliert. Nach Walter Röchling hängt demnach die fachliche Eignung des Betreuers „...davon ab, ob er fähig ist, die Angelegenheiten des Betroffenen rechtlich zu besorgen“ (Röchling, 2012, S. 148). Den Grund dafür sieht er in der vom Gesetz bevorzugten ehrenamtlichen Ausübung dieser Tätigkeit. Vom Betreuer wird lediglich erwartet, dass dieser zur Erfüllung bestimmter gesetzlicher Pflichten im Rahmen der Betreuung in der Lage ist. So soll er die Angelegenheiten zum Wohl des Betreuten besorgen (§ 1901 Abs. 2 S. 1 BGB) und auf dessen Wünsche und Vorstellungen eingehen, wenn sie nicht dem Wohl des Betroffenen entgegenstehen und dem Betreuer die Umsetzung zumutbar ist (§1900 Abs. 2 S. 2 sowie Abs. 3, S. 1 BGB). Er soll weiterhin die Pflicht wahrnehmen, im Rahmen des Aufgabenkreises Maßnahmen zur Rehabilitation des Betreuten zu ergreifen (§ 1901 Abs. 4 BGB). Der Betreuer soll in der Lage sein, ein Vermögensverzeichnis zu erstellen (§§ 1908i Abs. 1 S. 1, 1802 BGB) und die Auskunft- und Berichtspflichten erfüllen können (§§ 1908i Abs. 1 S. 1, 1839 ff. BGB) (ebd.). „Für sämtliche Bereiche sind keine besonderen Qualifikationen erforderlich, wohl aber die Bereitschaft, diese Vorgaben zu erfüllen. Im Übrigen gibt es genügend Institutionen, mit deren Hilfe ein

Betreuer seine Pflichten erfüllen kann, z. B. das Betreuungsgericht, die Betreuungs-vereine bzw. die örtliche Betreuungsbehörde. Insbesondere das Be-treuungsgericht ist gesetzlich verpflichtet, Betreuer zu beraten und Hilfestellung zu geben, damit ein Betreuer seine Aufgaben erfüllen kann.“ (ebd.)

Wenn eine wie oben angeführte natürliche Person nicht zur Verfügung steht, kommt eine Betreuung durch Mitarbeiter eines anerkannten Betreuungsvereins, die zuständige Betreuungsbehörde selbst oder einen Berufsbetreuer in Frage: „Wer Betreuungen im Rahmen seiner Berufsausübung führt, soll nur dann zum Betreuer bestellt werden, wenn keine andere geeignete Person zur Verfügung steht, die zur ehrenamtlichen Führung der Betreuung bereit ist“ (§ 1897 Abs. 6 S. 1).

In jedem Fall hat der Betreuer die Funktion als gesetzlicher Vertreter des Betroffenen im Rahmen der erforderlichen Aufgabenkreise inne. Wenn nicht nach § 104 Nr. 2 BGB die Geschäftsunfähigkeit des Betreuten festgestellt wurde, kann dieser ansonsten auch weiterhin selbständig seine Rechtsgeschäfte abschließen. Auch die Anordnung eines Einwilligungsvorbehaltes führt nicht zur Geschäftsunfähigkeit. Nur ausnahmsweise wird die Anordnung eines vollständigen Einwilligungsvorbehaltes erfolgen, da sie die Anordnung einer Betreuung für alle Bereiche voraussetzen würde.

Betreuer unterliegen in ihrer gesamten Tätigkeit der Aufsicht des Betreuungsgerichtes.

2 Anforderungen an rechtliche Betreuer

2.1 Erwartungen der Betroffenen an Betreuer

Obwohl nach geltendem Recht eine vom Betreuungsgericht als erforderlich erachtete rechtliche Betreuung nicht gegen den freien Willen Betroffener eingerichtet werden kann und somit Betroffene der Errichtung einer rechtlichen Betreuung zugestimmt oder sie angeregt oder beantragt haben, empfinden sie diese nicht selten trotz aller gesetzlichen Veränderun-

gen als Bevormundung oder Einmischung in ihre persönlichen Angelegenheiten. Während meiner Tätigkeit als sozialpädagogische Familienhilfe erlebte ich in mehreren Fällen unmittelbar, wie schwer Betroffenen die Annahme der „Hilfeleistung Betreuung“ fallen kann. Die Betreuung als Hilfe zu erkennen ist ein erster Schritt für ihre erfolgreiche Umsetzung, jedoch in vielen Fällen wegen der Beeinträchtigung auf Grund der psychischen und/ oder geistigen Behinderungen unzureichend möglich. Dabei könnte Betreuung mit Elementen eines Assistenz-Modells die erwähnten Befürchtungen gar nicht erst aufkommen lassen. Das könnte beispielsweise durch Unterstützung bei der Entscheidungsfindung und die Möglichkeit zur Beteiligung für Betroffene am Erarbeiten akzeptabler Lösungen geschehen. Betroffene wollen ihre Rechte gewahrt wissen, sich angenommen und in ihrer Individualität akzeptiert und wertschätzend behandelt fühlen. Um dies zu erreichen, ist eine vertrauensvolle Beziehung zwischen Betreuer und Betreuten erforderlich. Diese kann entstehen durch Verständnis für die jeweilige Situation und Hintergrundwissen zu unterschiedlichen Lebenslagen und Bewältigungsstrategien, zu psychischen Krankheiten, Behinderungen und damit einhergehenden Beeinträchtigungen und vieles mehr. Auch angemessene Kommunikation und die Fähigkeit sich auf die Besonderheiten des Betreuten einzustellen können dazu beitragen, wie zum Beispiel die Anwendung einfacher Sprache bei Verständnisschwierigkeiten oder Gesprächsführung „auf Augenhöhe“. In der aktuellen Diskussion zum Thema rechtliche Betreuung geht es zunehmend um die Rechte von Betreuten und die Qualität der Betreuung. So kommen unter anderem in der Fachzeitschrift für Betreuungsmanagement „kompass“, Ausgabe 1/ 2016, mehrere Betroffene zu Wort, wie sie sich Betreuung vorstellen und was sie von ihrem Betreuer erwarten. Besonders wichtig ist allen, mit dieser Unterstützung ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. „Die Unterstützung sollte es ermöglichen, dass ich so eigenständig wie möglich und so abhängig wie nötig leben kann“ (Heitmann, 2016, S. 23). „Ich fühle mich geschützt und das empfinde ich als positiv. Ich kann über mein Leben selbst entscheiden, und ich habe viel Vertrauen, das bis jetzt immer gerechtfertigt war. ... Wenn es Betreuung nicht gäbe, würde es vielen Menschen sehr schlecht gehen, weil

sie zeitweilig nicht in der Lage sind, ihre lebenswichtigen Dinge zu regeln – das würde oft in Armut, Obdachlosigkeit oder für einige sogar mit dem Tod enden. Ich glaube, davor haben viele von uns Angst“ (Heitmann 2016, S. 23). Eine weitere Betroffene wird an gleicher Stelle mit ähnlichen Äußerungen zitiert und schließt mit der Aussage: “Ich glaube, es ist von außen nicht immer sichtbar, wie schwer es ist, Hilfe anzunehmen. Betreuung bietet mir Schutz und Sicherheit, aber vor allem ist es eine ganz große Lebenshilfe. Und ich bin froh, dass es in Deutschland so etwas gibt“ (ebd., S. 24). Im oben angeführten Beitrag werden die Erwartungen der Klienten an eine gute Betreuung zusammengefasst:

- Respekt, Wertschätzung
- Zusammenarbeit auf Augenhöhe, Vereinbarungen treffen
- Transparenz, Präsenz, Zeit
- Zuverlässigkeit, Verlässlichkeit
- Empathie, Zuwendung, Gesprächsführung
- Initiative ergreifen, Vorschläge machen, Anregungen geben
- Kritikfähigkeit
- Unterstützung zur Selbständigkeit
- Netzwerk haben und einsetzen
- parteilich an der Seite der Klienten
- Defizite ausgleichen, Hilfestellung
- Schutz, Vertrauen, Sicherheit
- Lebenshilfe

(ebd.)

Nicht alle Betroffenen sind in der Lage, ihre Vorstellungen und Wünsche klar zu äußern und erwarten doch, dass diese beachtet und respektiert werden. Wie es Betreuern gelingen kann, den Erwartungen ihrer Klienten zu entsprechen, soll in den folgenden Kapiteln hergeleitet werden.

2.2 Gestaltung der Betreuung aus der Perspektive der Betreuer

Grundsätzlich ist Betreuung die rechtliche Besorgung der Angelegenheiten im Sinne und zum Wohl des Betreuten. Die Beachtung des freien Willens Betroffener ist einerseits gesetzliche Forderung, scheint andererseits gemäß §1896 Abs. 1 Satz 1 BGB bei Vorliegen einer Erkrankung, aufgrund welcher Betroffene ihren freien Willen nicht bestimmen können, nicht mehr absolut vorrangig. Es würde an dieser Stelle zu weit führen, diese umstrittene Thematik ausführlich zu bearbeiten. Die Diskussion der unterschiedlichen Ansichten ist in einschlägiger Literatur zu finden, zum Beispiel bereits in den Beiträgen zum Vormundschaftsgerichtstag 2002: „Mithin sind die ... Vorschriften verfassungskonform nur dahingehend zu interpretieren, dass letztlich die Einschränkung des freien Willens nicht möglich ist. Gleichwohl kann bei Bestehen sachlicher Gesichtspunkte der bestehende, aber ‚unfreie‘ Wille des Betroffenen eingeschränkt werden. Auch der nicht einsichtsfähige Betroffene vermag einen Willen zu äußern. Da diesem Willen jedoch unter Umständen nicht die Qualität eines freien Willens zukommt, jedoch nur der freie Wille unter dem uneingeschränkten Schutz des Art. 1 Abs. 1 GG (gegebenenfalls in Verbindung mit Art. 2 Abs. 2 GG) steht, ist in der Einschränkung dieses „unfreien“ Willens nicht stets ein verfassungswidriger Eingriff in die Menschenwürde des Betroffenen zu sehen“ (Bucic 2003, S. 88). Bucic verweist a. a. O. auf „entscheidende Kriterien“: dies „...sind daher die Einsichtsfähigkeit des Betroffenen und dessen Fähigkeit, nach dieser Einsicht zu handeln. Fehlt es an einem dieser beiden Elemente, liegt auch kein freier Wille, sondern lediglich ein natürlicher Wille vor, den auch ein Geschäftsunfähiger zu bilden in der Lage ist, da der natürliche Wille – wie gezeigt – von der Geschäftsunfähigkeit unabhängig ist. Dies darf aber nicht zu dem Umkehrschluss verleiten, dass nur der Geschäftsfähige einen freien Willen bilden kann. Auch der Geschäftsunfähige kann eine freie Willensbestimmung treffen. Das Vorliegen eines freien Willens ist daher in jedem Einzelfall festzustellen. Um eine Betreuung gegen den Willen des Betroffenen einzurichten, muss dazu positiv durch den erkennenden Richter festgestellt werden, dass der

vom Betroffenen geäußerte Wille lediglich ein natürlicher, nicht aber freier Wille ist“ (ebd., S. 92). Die Kenntnis dieser komplizierten Ausgangslage ist unerlässlich für als Betreuer Tätige. Gesetzeskonforme rechtliche Betreuung im Sinne der Betroffenen lässt sich nur auf einer sicheren rechtlichen Grundlage gestalten. Um eine solche herzustellen, können Betreuer die Beratung durch die Betreuungsbehörde in Anspruch nehmen.

Von besonderer Bedeutung ist eine unvoreingenommene, vorurteilsfreie und wertschätzende Haltung des Betreuers. Eine tragfähige Beziehung zu Betroffenen kann nur entstehen, wenn sich diese angenommen und wertgeschätzt behandelt fühlen. „Die eigenen Wert- und Lebensvorstellungen darf der rechtliche Betreuer bei der Beurteilung von Wohl und Wunsch des Betreuten nicht zum Maßstab nehmen. Dies ist eine der schwersten Anforderungen bei der Wahrnehmung der Rechtlichen Betreuung und erfordert vom Betreuer ein hohes Maß an sozialer Kompetenz. ... Die Rechtliche Betreuung erfordert vom rechtlichen Betreuer eine Sichtweise ‚mit den Augen seines Betreuten‘“ (Dannhäuser, 2014, S. 8). Karl-Heinz Zander und Carola von Looz empfehlen „...noch einmal zu überprüfen, ob man sich nicht zum Vollstrecker gesellschaftlicher Wertvorstellungen gemacht hat, die denen des betroffenen Menschen widersprechen“ (Zander, von Looz 2003, S. 70). Aus diversen Beiträgen auf Fachtagungen der Betreuungsvereine und -behörden sowie auf Betreuungsgerichtstagen geht hervor, dass die Beachtung des freien Willens von Betreuten oberste Priorität im Betreuerhandeln sein muss. Daraus lässt sich das gemeinsame Anliegen von Betreuern erkennen, rechtliche Betreuung trotz der (eigentlichen) Stellvertreterfunktion des Betreuers als Hilfe zur eigenständigen Lebensführung der Betreuten zu gestalten.

Kritisch wird von Betreuern angemerkt, dass eine völlige Erfüllung aller Erwartungen der Klienten nicht möglich ist. Das liegt zum einen daran, dass – folgt man der aktuellen Diskussion – die Rahmenbedingungen für Berufsbetreuer unzureichend sind. Andererseits können diese Erwartungen aus Gründen, die in der Person der zu Betreuenden liegen, nicht umsetzbar sein. Zwei Berufsbetreuerinnen erklären dies so: „...Dass unsere Klienten die Qualitätskriterien definieren, das können wir uns gar nicht

leisten! Einige wollen zwölf Stunden Kontakt...“ oder: „...Es gibt auch Wünsche nach Bindung und Beziehung. Auch die können wir nicht erfüllen, da wir natürlich auf professioneller Ebene agieren müssen. Das kann also nicht der Maßstab sein. Es gibt aber berechnigte Anforderungen, zum Beispiel nach Verbindlichkeit, nach Zuverlässigkeit, nach Ehrlichkeit und Empathie“ (Heitmann 2016, S. 25).

2.3 Aufgaben, Pflichten und rechtliche Stellung des Betreuers

Nach § 1902 BGB ist die Rechtsstellung des Betreuers als gesetzlicher Vertreter definiert. Dabei gilt die Bestellung nach § 1896 Abs. 2 BGB nur für die durch das Betreuungsgericht als erforderlich festgelegten Aufgabenkreise. Diese sind im Gesetz nicht namentlich benannt. Danach hat ein Betreuer die Angelegenheiten zum Wohl des Betroffenen zu besorgen (§ 1901 Abs. 2 S. 1 BGB) sowie nach § 1900 Abs. 2 S. 2 und Abs. 3 S. 1 BGB auf die Wünsche und Vorstellungen des Betroffenen einzugehen, sofern sie dessen Wohl nicht entgegenstehen und die Umsetzung dem Betreuer zumutbar ist. Eine weitere Pflicht des Betreuers besteht darin, im Rahmen seines Aufgabenkreises Maßnahmen zur Rehabilitation des Betreuten zu ergreifen (§1901 Abs. 4 BGB). Zudem soll er in der Lage sein, ein Vermögensverzeichnis zu erstellen (§§ 1908i Abs. 1 S. 1, 1802 BGB) und die Auskunfts- und Berichtspflichten nach §§ 1908i Abs. 1 S. 1, 1839 ff. BGB erfüllen zu können.

Als für die Praxis gebräuchliche Aufgabenkreise werden von Röchling benannt:

- die Vermögenssorge
- die Gesundheitssorge
- die Aufenthaltsbestimmung
- die Behördenangelegenheiten. (Röchling 2012, S. 146)

Für das differenzierte Zuschneiden der Aufgabenkreise auf die jeweilige Lebenssituation der Betroffenen führen Horst Böhm, Horst Marburger und

Reinhold Spanl weitere Unterteilungen in Einzelaufgaben an. Dies könnten zum Beispiel bei „Gesundheitsangelegenheiten“ sein:

„- Gesundheitsfürsorge

- Einwilligung, Nichteinwilligung oder Widerruf von Einwilligungen in Untersuchungen des Gesundheitszustandes, Heilbehandlungen oder ärztliche Eingriffe
- Einwilligung in ärztliche Zwangsmaßnahmen
- Gesundheitsfürsorge für nervenärztliche Behandlung“.

(Böhm, Marburger, Spanl 2015, S. 56ff.)

Eine rechtliche Betreuung mit dem Aufgabenkreis „Besorgung aller Angelegenheiten“ ist gesetzlich möglich, hat jedoch wie bereits angeführt Ausnahmecharakter, da sie mit besonderen Folgen verbunden ist: Die Bestellung eines Verfahrenspflegers nach § 276 Abs. 1 Nr. 2 FamFG wird erforderlich und es hat die Mitteilung an die für das Wählerverzeichnis zuständige Behörde nach § 309 Abs. 1 Satz 1 FamFG zu erfolgen, da Betroffene von der Wahl ausgeschlossen sind (§ 13 Nr. 2 Bundeswahlgesetz, § 12 Satz 2 Sächsisches Wahlgesetz).

Durch das Gesetz zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts vom 29.06.2011, BGBl I S. 1306, wurde durch den Gesetzgeber die Verpflichtung des Betreuers zum persönlichen Kontakt mit dem Betroffenen hervorgehoben. Allerdings will nicht jeder Betreute seinen Betreuer regelmäßig sehen. Kontakt kann in solchen Fällen telefonisch gehalten werden, wenn dies den entsprechenden Zweck erfüllt. Die Aufsicht durch das Betreuungsgericht erstreckt sich auch auf die Einhaltung der persönlichen Kontakte (s. 1.3).

2.4 Betreuung als Profession – Qualifikationsanforderungen an Betreuer

Da vom alten Vormundschaftsrecht der Personensorge nur eine untergeordnete Rolle zugewiesen war, konnten die hauptsächlichen Aufgaben der Betreuung - die Legitimierung von Anstaltsaufenthalten und Verwaltung

des oft nicht vorhandenen Vermögens – gut mit der beruflichen Routine von Rechtsanwälten oder Verwaltungsfachleuten erledigt werden (Crefeld, 2003, S. 145).

„Das aus dem alten Vormundschafts- und Pflegschaftsrecht übernommene Leitbild des ehrenamtlichen Betreuers, der aus mitmenschlichem Engagement oder familiären Pflichtbewusstsein, aber ohne eine besondere berufsfachliche Qualifikation einem behinderten Menschen beiseite steht, legt die Annahme nahe, dass grundsätzlich jedermann die notwendigen Fähigkeiten für die Aufgaben eines Betreuers aufweist“ (ebd., S.144). Da rein rechtlich gesehen vom Betreuer lediglich positive Charaktereigenschaften erwartet werden, „... braucht der Betreuer nur ein guter und tüchtiger Mensch zu sein“ (ebd., S.147). Kann dies den festgestellten Ansprüchen genügen?

Seit der Einführung des Betreuungsrechts wird der Personensorge besondere Bedeutung beigemessen. Bezugnehmend auf die Studie des Bundesjustizministeriums „Hauptamtliche Betreuer und Sachverständige“ von Helga Oberloskamp, Angelika Schmidt –Koddenberg und Ernst Zieris 1992 heißt es bei Wolf Crefeld weiter: „Insgesamt resultieren aus dem neuen Betreuungsrecht hohe Ansprüche an die Kenntnisse und Fähigkeiten der Betreuer. So sei jetzt das zentrale Anliegen des Rechts, dass sich der Betreuer stärker an den persönlichen Bedürfnissen und Notlagen, aber auch Fähigkeiten des einzelnen Klienten orientiere. Wirksame Betreuungshilfe setze voraus, dass man in der Lage sei, die konkreten Bedürfnisse des Einzelnen wahrzunehmen und seine Defizite und Probleme tatsächlich aufzufangen“ (ebd., S. 150). Da bei Betreuten häufig die Kommunikations- und Beziehungsfähigkeit beeinträchtigt ist, erfordert es besondere Kompetenzen der Kommunikation und Beratung vom Betreuer, um den Willen und die Vorstellungen des Betroffenen herauszufinden. Hinsichtlich des individuellen Unterstützungsbedarfs für Aufgaben der Personensorge können Planung und Management von ihm abgefordert werden. Crefeld sieht unter diesen und weiteren Gesichtspunkten die „... rechtliche Betreuung als eine Interventionsform der Kategorie soziale Beratungs- und Unterstützungsprozesse“ (ebd., S.151). Als Beispiele für

Arbeitsformen der sozialen Beratung und Unterstützung, die sich aus der jeweiligen Aufgabenstellung ergeben, werden Case Management, Schuldnerberatung und Mediation angeführt. Die Notwendigkeit von Beziehungsarbeit, Sensibilität in Bezug auf die psychischen Bedürfnisse und die mit den zu bewältigenden Problemen einhergehenden Prozesse, das Nutzbarmachen von Ressourcen im Klienten und seinem sozialen Kontext sowie die Beachtung der dem Betreuten möglichen Eigenverantwortung gehören zu den Aspekten, die einer rechtlichen Betreuung Kontur verleihen (ebd., S. 152). Crefeld verweist auf die nun erforderliche Vielgestaltigkeit der Betreuungsarbeit und stellt fest, dass für diese unterschiedlichen Anforderungen human- und gesellschaftswissenschaftliches, juristisches und administratives Fachwissen gebraucht wird. Diese Vielfalt sieht er - wie auch andere Autoren - am ehesten, wenn auch nicht ausreichend, im „Sozialarbeiterberuf“ und bezieht sich auf die oben angeführte Studie (ebd. S.149). Karl-Heinz Zander verweist 2006 in seinem Aufsatz „Elemente einer Qualitätsdiskussion im Betreuungswesen“ ebenfalls auf diese und führt weitere Elemente der Diskussion zur Qualität im Betreuungswesen an. Die Anforderungen an ein professionelles Berufsbild sind auch an dieser Stelle ein wichtiger Punkt. Für eine stark einzelfallorientierte Tätigkeit wie Betreuung haben unterschiedliche Berufszweige durchaus ihre Berechtigung. „Zur Bedeutung der Rechtsanwendungskompetenz weist Werner Bienwald darauf hin, dass Betreuer nicht selten Entscheidungen zu treffen und Maßnahmen durchzuführen haben, die sie aus ihrer eigenen Lebensführung gar nicht kennen. Berufsbetreuer müssen in der Lage sein, Rechtsänderungen zu verfolgen. Sie hätten die ihre Klienten betreffende Rechtsanwendung kritisch zu prüfen. Schließlich sei von ihnen zu erwarten, dass sie ihre Betreuungsentscheidungen nachvollziehbar begründen können“ (Crefeld, 2007, S. 30).

Dabei wird von allen im Betreuungsbereich Tätigen ungeachtet ihrer Ausgangsqualifikation eigenständige Weiterbildung erwartet.

„Dennoch kann auch heute schon festgestellt werden, dass die notwendigen Standards der Betreuungsarbeit sich im Wesentlichen aus dem wissenschaftlichen Fundus sozialer Beratungs- und Unterstützungskonzepte

ergeben“ (Crefeld 2003, S. 153). „Heute“ – war in diesem Fall der 8. Vormundschaftsgerichtstag vom 07. bis 09. November 2002 und liegt damit gut 14 Jahre zurück. Wie steht es aktuell in Bezug auf die Profession „Betreuung“ und Anerkennung der Profession des Berufes „Betreuer“? Im oben angeführten Beitrag wird auf mehrere Autoren verwiesen, welche die 1992 in der oben angeführten Studie erarbeiteten Vorschläge weiterentwickelten. Zudem entstanden an mehreren Hochschulen spezielle Studiengänge zur Weiterbildung, wie zum Beispiel an der Fachhochschule Frankfurt/ Main als berufsbegleitender Masterstudiengang „Beratung und Sozialrecht“ (Counselling and social Legislation) über fünf Semester, an der Fachhochschule Köln ein Masterstudiengang „Beratung und Vertretung im Sozialen Recht“ über vier Semester und seit 2007 ein berufsbegleitender Masterstudiengang „Beistand, Vertretung und rechtlich orientierte soziale Betreuung (Advocacy)“ über vier Semester an der Georg-Ohm-Fachhochschule Nürnberg. Diese wurden seit ihrer Einführung ständig den aktuellen Erfordernissen angepasst und vermitteln Berufsbetreuern die für die Erfüllung der Gesetzesziele notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten.

Die Berufsverbände Bundesverband der Berufsbetreuer /innen e. V. (BdB e. V.) und Bundesverband freier Berufsbetreuer e. V. (BVfB e.V.) haben sich Weiterentwicklung in diesem Sinne zum maßgeblichen Anliegen gemacht und fordern seit geraumer Zeit die Schaffung gemeinsamer fachlicher Standards für die Betreuungsarbeit und daraus folgend Anforderungen an die Qualifikation der Betreuer. So lautet das Schwerpunktthema der Fachzeitschrift des BdB e. V. „kompass“ Ausgabe 1/ 2016 „Qualität: Was ist gute Betreuung? Was braucht gute Betreuung?“ Die Beiträge dazu beleuchten das Thema aus unterschiedlicher Sicht, lassen jedoch einen gemeinsamen Konsens erkennen. Aus den Erfahrungen der Praxis heraus soll künftig eine Hochschulausbildung als Zugangsvoraussetzung für die Tätigkeit als Berufsbetreuer gefordert werden, um den hohen methodischen und umfangreichen fachlichen Anforderungen an eine professionelle Betreuung gerecht zu werden.

Der BdB e. V. entwickelt derzeit Konzepte für die berufliche Selbstverwaltung in Form einer Berufskammer mit dem Ziel, Betreuung zur Profession werden zu lassen und das Berufsrecht der Betreuer in diesem Sinne zu verbessern. Der Vorsitzende des BdB e. V., Thorsten Becker, führt dazu ein von Prof. Dr. Winfried Kluth erstelltes Gutachten an, in welchem es heißt: „Die Errichtung einer Betreuerkammer mit gesetzlicher Pflichtmitgliedschaft verfolgt den Zweck, den rechtlichen Rahmen für die berufliche Ausübung der Betreuertätigkeit auf ein neues Qualitätsniveau zu heben und der Kammer dabei wichtige Aufgaben im Bereich der Qualitätssicherung zuzuweisen“ (Becker, 2016, S. 11). Becker versteht Profession als „...akademische(n) Beruf mit einem hohem Maß an Autonomie. ...Die Profession zeichnet sich durch Übernahme großer Verantwortung aus. Es werden gute Leistung und eine berufsethische Selbstverpflichtung erwartet. An die Betreuung sind hohe moralische und fachliche Anforderungen gestellt. ... Die Definition der Betreuungskunst und die Aufsicht über die berufsspezifischen Verfahren kann nur durch die Berufsangehörigen selbst geleistet werden. Nur diese verfügen über die erforderlichen Praxis- und Fachkenntnisse. Der Kern der Betreuungsarbeit ist die Besorgung von Angelegenheiten (§1896 Abs. 1BGB). ... Der Bedarf an Besorgung variiert dabei mit den Fähigkeiten bzw. den Defiziten der Klient/innen, ihre Angelegenheiten selbst besorgen zu können. Es gilt, in jeder Situation dieses erforderliche Maß an Besorgung zu ermitteln, damit Betreuung immer ‚Be-Rechtung‘ der Klient/innen ist und nicht zur Entrechtung wird. Hierin besteht die hohe Kunst der Betreuung“ (ebd., S. 10). Er plädiert in seinem Beitrag dafür, die „neue Offenheit des für die Professionalisierung von Betreuung zuständigen BMJV“ zu nutzen. Denn seit Beginn 2016 laufen zwei rechtstatsächliche Untersuchungen im Auftrag des Bundesministeriums für Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV). Eine wird von Prof. Dr. Dagmar Brosey (TH Köln) gemeinsam mit dem Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG) geführt und geht der Frage nach, welchen Einfluss die Rahmenbedingungen auf die Qualität der Arbeit von beruflichen und ehrenamtlichen Betreuern haben. Die andere Studie befasst sich mit dem Thema „andere Hilfen“ im Kontext zur Stärkung der Funktionen der Betreuungsbehörde. Besonders von der

erstgenannten Studie sieht sich der BdB e. V. in seinen Forderungen nach strukturellen Reformen bestätigt und ist an den Untersuchungen konstruktiv beteiligt, um den Dialog mit der Praxis zu ermöglichen. Ergebnisse sollten für November 2016 vorliegen, für August 2017 ist der Schlussbericht geplant.

Die große Bedeutung von Fachlichkeit und Qualität steht also im Fokus.

3 Studieninhalte in Bezug zu den Anforderungen an Betreuer

Der Fragestellung dieser Arbeit folgend soll an dieser Stelle betrachtet werden, ob und welche Bezüge der Studieninhalte zu den gesetzlichen Anforderungen und den vom Berufsstand selbst durch die Berufsverbände formulierten Forderungen nach entsprechender Qualifikation der Betreuer und damit an die Profession und erforderliche Qualität der Betreuertätigkeit bestehen.

3.1 Module Recht I, II, und III

Rechtskenntnisse können auf drei Module verteilt über die gesamte Studienzeit erworben werden. Im ersten Semester beginnend mit allgemeiner Rechtskunde und einem ersten Überblick über das Sozialrecht, werden im 4. und 5. Semester Grundzüge des Handelns in Organisationen, insbesondere des Verwaltungshandelns, vermittelt. Für Betreuer ist es unbedingt erforderlich, den Ablauf von Verwaltungsverfahren im Sinne des SGB X und I verstehen und nachvollziehen zu können. Ebenso erforderlich sind Kenntnisse der Systematik und des Aufbaus der Gesetze, ihrer besonderen Begrifflichkeiten sowie das Wissen um die Rechte Beteiligter, wie zum Beispiel Ansprüche auf Sozialleistungen und deren Durchsetzbarkeit. Eingegangen wird auf Probleme aktueller Rechtsentwicklung und Rechtsprechung, wobei stets die Möglichkeit zur Übung an einfachen

Fällen gegeben ist. Für das Verständnis der Zusammenhänge und Aneignen von Methoden der Fallbearbeitung im Sozialrecht ist diese Verbindung der Theorie mit der Praxis eine anschauliche Unterstützung. Im Rahmen des Moduls stattfindende Kurse zum SGB II und SGB XII vermitteln Kenntnisse im Hinblick auf Ansprüche und Leistungen der Grundversicherung für Arbeitssuchende sowie im Rahmen von Sozialhilfe. Diese versetzen Studierende unter anderem in die Lage, Leistungsbescheide von Klienten verstehen und überprüfen zu können. Bestehende Leistungsansprüche der Betroffenen geltend zu machen und durchsetzen zu können gehört je nach Erfordernis zu den Aufgaben des Betreuers, so dass dieses Wissen für seine Tätigkeit von großer Bedeutung ist.

Zum Umfang des Moduls gehören auch der Erwerb von Grundkenntnissen im Arbeits- und Dienstrecht. Auf den ersten Blick mag dies für Betreuer als wenig relevant scheinen, da sie als Berufsbetreuer überwiegend selbstständig tätig sind oder in ehrenamtlicher Ausübung der Betreuung nicht davon betroffen sind. Meines Erachtens jedoch trägt diese Teileinheit grundlegend zum Verständnis der Funktion von Organisationen bei, die durch unterschiedliche Rechtsformen in den sozialpolitischen Zusammenhang eingebunden sind. Betreute können durchaus in einem Arbeitsverhältnis stehen, wo die Kenntnis von unterschiedlichen arbeits- und dienstrechtlichen Regelungen für Betreuer überaus hilfreich ist. Selbstständige Betreuer, die sich zu Bürogemeinschaften zusammengeschlossen haben, beschäftigen teilweise Angestellte und sind damit Arbeitgeber, von welchen diesbezügliche Kenntnisse erwartet werden. Schließlich können Betreuer bei einem anerkannten Betreuungsverein angestellt sein und sind damit Arbeitnehmer, denen das vermittelte Wissen von Nutzen sein kann.

Der letzte Teil des Moduls dient der Vermittlung von Kenntnissen über Institutionen der Gesundheitsversorgung und deren Arbeitsformen, des Gesundheitsversorgungs- und Rehabilitationssystems im Rahmen des SGB IX. Dabei geht es um Kenntnisse der relevanten gesetzlichen und rechtlichen Bestimmungen für Betreuung und Rehabilitation insbesondere bei:

- psychischen Leiden und Hilfeformen;
- Leben mit Behinderung und Hilfe zur Teilhabe/ Formen der Sucht und Hilfe zur Teilhabe

jeweils mit den rechtlichen Grundlagen SGB IX/ BGG. Je nach Einbindung in die gesetzlichen Regelungen werden Kenntnisse zum Sozialdatenschutz vermittelt. Gerade für den Aufgabenkreis Gesundheitssorge in Verbindung mit Behördenangelegenheiten und anderen erweist sich dieses Wissen als gute Grundlage für ein den gesetzlichen Vorgaben entsprechendes Betreuerhandeln, da es die in § 1896 Abs. 1 BGB als Voraussetzungen für die Bestellung einer Betreuung benannten Beeinträchtigungen betrifft und zu deren Verständnis und angemessenem Umgang mit Betroffenen befähigt.

3.2 Modul Praxisreflexion

Im Rahmen dieser über sechs Semester stattfindenden Veranstaltungen sollen professionelle Selbstentwürfe und berufliche Horizonte erweitert werden. An „echten“ Fällen aus der Praxis der Studierenden wird das Grundhandwerk der Fallarbeit eingeübt und verschiedene Techniken der Falldeutung angewendet. Die lebensweltliche Perspektive wird dabei favorisiert, die Gender Perspektive ausdrücklich herangezogen. Studenten sollen befähigt werden, Fallverständnis als fachlich gestütztes Wissen und bewusste Methodenanwendung zu identifizieren. Im weiteren Verlauf wird das Übersetzen theoretischer Konzepte fallbezogen in reflexives und handlungsbezogenes Orientierungswissen trainiert. Der Theorie-Praxis Transfer wird eingeübt als Lernschleife zur Integration neuer Bezüge. Die selbstreflexive professionelle Haltung der Studenten soll vertieft werden. Soziale Arbeit wird als intermediäre Instanz zwischen Lebenswelten der Subjekte und verschiedenen Teilsystemen der Gesellschaft analysiert. Bestehende Interessengegensätze, Widersprüche und verdeckte Konflikte werden erkannt und in der Fallbearbeitung berücksichtigt. Studierende sollen in der Lage sein, Paradoxien sozialarbeiterischen Handelns anhand der eingebrachten Fälle aufzuschlüsseln. Zunehmend wird Interventions-

handeln trainiert. Dem jeweiligen Fall entsprechend eingebrachte Theorieinputs vom Dozententeam vermitteln neues Wissen und ermöglichen hilfreiche Wechsel der Perspektive. Damit gelingt es, neue Zusammenhänge herzustellen, Problemstellungen bei Bedarf neu zu fokussieren und Vorgehensweisen dementsprechend festzulegen. Die Wahrnehmung und Bearbeitung von Fällen anderer Berufsfelder erweitert den Wissenshorizont und verhilft zum „Blick von außen“ auf das eigene Berufsfeld. Besonders die Unterschiedlichkeit der eingebrachten Fälle sowie die wiederkehrenden, auf den jeweiligen Fall abgestimmten Bearbeitungsmodi befähigen zu multiperspektivischer Sicht. Nach dem eigenen Verständnis der Berufsinhaber gehört Fallbearbeitung in diesem Sinne zu einer professionell gestalteten Betreuung. Die vermittelte Methodenvielfalt kommt daher auch Betreuern zugute. In seiner Gesamtheit verbindet das Modul fachübergreifend die Lehrinhalte des Studiums mit der Praxis unterschiedlicher Arbeitsfelder, so dass jeder Bereich – auch Betreuung - davon profitieren kann.

3.3 Module Lebensalter und soziale Arbeit/ Risiko- und Gefährdungslagen der Lebensalter

Während der ersten beiden Semester des Studiums werden grundlegende Kenntnisse zu den vier großen Lebensphasen Kindheit, Jugend, Erwachsene und Alter in Bezug zum Arbeitsfeld der Sozialen Arbeit vermittelt. Das erworbene Wissen ist Grundlage für das darauf aufbauende Modul zu den im jeweiligen Lebensalter bestehenden Risiko- und Gefährdungslagen. Die Auseinandersetzung mit den theoretischen Fragen von gefährdendem und deviantem Verhalten sowie spezifischen Gefährdungslagen, ihren Kontexten und Auswirkungen bewirkt, dass die Studenten komplexe gesellschaftliche und soziale Phänomene verstehen können. Die Kenntnis von entwicklungsphasentypischen Risiken und Chancen und exemplarisches Wissen über die Störungen und Gefährdungen normalen Aufwachsens tragen zum fachübergreifenden Verständnis von Gefährdungslagen in ihrer gesellschaftlichen Bedingtheit und in ihren Auswirkungen

bei. Studierende lernen diese in fallspezifischen und fallübergreifenden Handlungsansätzen Sozialer Arbeit zu diskutieren. Es wird rechtliches, therapeutisches und pädagogisches Interventionswissen vermittelt. Dies erfolgt aus meiner Sicht wirkungsvoll durch die Abstimmung der Lerninhalte der verschiedenen Module. So sind Kenntnisse der Sozialpolitik für die Thematik Gefährdungslagen beispielsweise im Hinblick auf Hilfekonzepte bedeutsam. Die Lerninhalte des Moduls Bio-psycho-soziale Grundlagen der Sozialen Arbeit sind neben anderen einbezogen, um beispielsweise grundlegende diagnostische und rechtliche Kompetenzen zu erlangen. Diese sind erforderlich, um fallbezogenen Hilfebedarf erkennen, formulieren und begründen zu können. Die Einbeziehung der Pflichteinheit Familienrecht/ Kinder- und Jugendhilfe zur fallbezogenen Behandlung rechtlicher Aspekte ist explizit ausgewiesen. Für die Tätigkeit als Betreuer ist das vermittelte Wissen um gesellschaftliche Entwicklungen und deren Auswirkung, wie zum Beispiel die üblicherweise schwierigen Lebenslagen der Betreuten, von Bedeutung, um Fälle entsprechend verstehen und einordnen zu können. Kenntnisse zu Möglichkeiten der Intervention sind für Betreuer erforderlich zur Fallbearbeitung.

3.4 Modul Sozialpolitik

Beginnend mit der Vermittlung von sozialwissenschaftlichen und sozialpolitischen Grundkenntnissen des deutschen Sozialstaatsverständnisses und der Sozialstaatsprinzipien lautet die Zielstellung des Moduls unter anderem, die Systematik sozialstaatlicher Leistungen und sozialarbeiterischer Dienste in ihrer jeweiligen historischen, politischen und gesellschaftlichen Verortung einzuordnen. Des Weiteren geht es um die Verknüpfung von Organisationen mit der Sozialpolitik und der öffentlichen Verwaltung, sowie um Steuermechanismen und Managementmodelle. Die Kenntnis systematischer Zugänge zur Analyse der Sozialstruktur Deutschlands und ihre Anwendung auf die Entwicklung der sozialen Ungleichheit ermöglicht neben anderen zum Beispiel das Verständnis der unterschiedlichen und häufig komplizierten Lebenslagen von Klienten und befähigt die Studen-

ten die Möglichkeiten und Grenzen sozialpolitischer Intervention durch die Sozialarbeit/ Sozialpädagogik zu erkennen. Was macht ein Betreuer damit? Da Betreuer in ihrem Wirken mit den unterschiedlichsten Organisationen, Behörden und Institutionen vernetzt sind, gehört dieses Wissen unbedingt dazu.

3.5 Modul Bio-psycho-soziale Grundlagen

Der Erwerb grundlegender Kenntnisse des bio-psycho-sozialen Zusammenhangs in den Bereichen Gesundheit, Krankheit, Behinderung und psychische Belastungen sowie den dazugehörigen (Be-)Handlungsansätzen soll Studierende befähigen, gesundheitliche Potenziale und Belastungen von Klienten zu erkennen, zu fördern oder zu reduzieren. Ausbildungsziele sind das Erkennen von Zusammenhängen zwischen biopsychosozialen Belastungen von Einzelnen bzw. sozialen Gruppen einerseits und deren Bewältigungspotential andererseits und das Ableiten von Formen der Intervention für die soziale Gesundheitsarbeit sowie die Entwicklung des Einfühlungsvermögens für die Rolle des professionellen Helfenden in der gesundheitsbezogenen Sozialarbeit. Studenten erlangen in diesem Modul die Fähigkeit, in Falldarstellungen praxisrelevante Probleme theoretisch zu reflektieren und psychosoziale Interventionen zu entwerfen und sollen in der Lage sein, Kooperationsformen und Formen der institutionellen Vernetzung mit anderen Gesundheitsberufen und Sozialen Diensten zu entwickeln. In kurzen Worten: all dies ist, wie unter 2. dargelegt, Bestandteil der Betreuertätigkeit. Der angeregte achtsame Umgang der „Helfer“ mit der eigenen Person und den eigenen Ressourcen ist für Betreuer gleichermaßen von Wert.

3.6 Module Methoden I, II, III, IV

Neben Kenntnissen zu historischen Wurzeln und aktuellen Entwicklungen der Methoden der Sozialen Arbeit werden in diesem in vier Module gegliederten Teil des Studiums Grundtechniken der Gesprächsführung sowie

Grundkenntnisse der Beobachtung, Mediation und Beratung vermittelt. Wahlweise können Kurse mit dem Ziel der Befähigung zur Erstellung Sozialpädagogischer Diagnosen und dem Kennenlernen der Praxis gutachterlicher Stellungnahmen in der Sozialen Arbeit, Anwendung von Methoden der Biographiearbeit und weitere belegt werden. Das erworbene Wissen befähigt die Studenten beispielsweise pädagogische Handlungslinien zu entwickeln. Für die Gestaltung einer „guten“ Betreuung ist es von Vorteil, über diese Kenntnisse und Fähigkeiten zu verfügen. Um ein den individuellen Erfordernissen der Betroffenen entsprechendes Vorgehen planen zu können, ist neben anderen die jeweilige Lebenslage, vorhandene Ressourcen und erforderlicher Unterstützungsbedarf genau zu ermitteln. Dabei sind neben Analyse- auch Kommunikationsfähigkeiten gefragt, um Ziele und Maßnahmen mit dem Betroffenen gemeinsam zu erstellen und durchzuführen. Als Beispiele mögen aktives Zuhören und die Methode der Gewaltfreien Kommunikation stehen.

Können Medienkompetenz und Ästhetische Bildung als abschließende Kurse des Moduls für die Profession der Betreuung von Bedeutung sein? Sie vermitteln einen Überblick über Wege und Mittel zur Umwandlung von Daten durch Kommunikation und Medien in Wissen. Es geht um Fähigkeiten zur Analyse von unterschiedlichen Medien sowie um den bewussten Umgang insbesondere mit den neuen Medien wie Facebook und andere. Praktische Übungen, wie zum Beispiel zum Verfassen von Presse-texten, sind aus meiner Sicht geeignet, um Wesentliches zu erkennen und sachlich darzustellen sowie den jeweiligen Medien entsprechend zu gestalten. Der Blick auf deren Nutzen und Gefahren wird geschult und sorgfältiges Abwägen zwischen beiden angeregt. All dies wird für die Alltagsgeschäfte eines Betreuers selbst als auch für die Interaktion mit den Klienten gebraucht.

Selbst im Kurs Ästhetische Bildung, in meinem Fall „Theater“, finde ich für die Betreuung geeignete Bezüge: sich einer Rolle entsprechend verhalten und ausdrücken, ist eine wertvolle Übung unter anderem zum Wechsel der Perspektive. Sich nicht nur mit Sprache, sondern auch mit Gesten und Körperhaltung gezielt ausdrücken, sensibilisiert für deren bewussten Ein-

satz. Sich selbst beherrschen und der Situation entsprechend agieren, hilft Betreuern im Umgang mit den in der Regel nicht einfachen Klienten.

3.7 Projektmodul

Dieses über zwei Semester reichende Modul ist ein berufsbezogener Lern- und Forschungsprozess zum Erlernen der Planung, Durchführung und Reflektion gemeinsamer Vorhaben und beinhaltet eine Einführung in die Methoden der empirischen Sozialforschung. Was bringt das für die Tätigkeit eines Betreuers? Das sind zum einen die wesentlichen Prinzipien Problemorientierung, Selbstorganisation, Interdisziplinarität und exemplarisches Lernen, die auch ein Betreuer verinnerlicht haben sollte. Im Studium geht es weiterhin um die Untersuchung komplexer Problemstellungen mit unterschiedlichen Methoden. Die üblichen Aufgaben der Betreuungstätigkeit erfordern vielleicht nicht unbedingt wissenschaftliche Untersuchungen, wohl aber das Wissen darüber und die Fähigkeit, gewonnene Erkenntnisse einzuordnen und für die Umsetzung in die Praxis nutzbar zu machen. Kenntnisvermittlung und Übungen zu sozialräumlichen Zugängen ermöglichen für Betreuer zum Beispiel die Entwicklung eigener Zugänge zu den Klienten. Prozessverläufe und Ergebnisse zu reflektieren und entsprechend zu reagieren wird intensiv trainiert und stellt eine wertvolle Ressource für „gute“ Betreuung dar.

3.8 Modul Arbeitsfelder der Sozialen Arbeit

Für Studierende bietet dieses Modul die Möglichkeit, sich vertiefend mit ausgewählten Arbeitsfeldern der Sozialen Arbeit auseinanderzusetzen und Kenntnisse zu Aufgaben, Strukturen, Organisationen, Interessen und Konfliktlinien zu erwerben. Das berufsbegleitende Studium bietet damit eine gute Gelegenheit, Einblicke in andere Arbeitsfelder zu erhalten und unter anderem dort gängige Methoden kennenzulernen. Wenn einige Arbeitsfelder wie Kindertageseinrichtungen, Jugendhilfe/ Schulsozialarbeit, Jugendgerichtshilfe/ Straffälligenhilfe auch auf den ersten Blick für Be-

treuer als nicht relevant erscheinen, so lassen sich doch Bezüge zu deren Tätigkeit herstellen. Einem Betreuer, der beispielsweise bisher nichts mit dem Arbeitsfeld Kindertagesstätten zu tun hatte, kann das Wissen darüber sehr nützlich sein, wenn es um Betreute mit jüngeren Kindern geht. Ein Grundverständnis für die Einrichtung, deren Funktionsweise, Aufgaben usw. erleichtert den Zugang zu Einrichtung und Klienten. Der Betreuer kann gezielter unterstützen oder vorhandene Ressourcen nutzen. Das Teilgebiet Soziale Arbeit mit Menschen in prekären Lebenslagen schließt eine Vielzahl von Arbeitsfeldern ein wie neben weiteren psychosoziale Versorgung und weist direkte und enge Zusammenhänge zur Betreuung auf. Das trifft auch auf die Arbeitsfelder Soziale Arbeit mit Familien und Soziale Arbeit mit alten Menschen zu, da Betreuung für Menschen unterschiedlichen Alters und mit den verschiedensten Lebenslagen erforderlich werden kann.

3.9 Modul Mensch und Organisation

Das in diesem Modul vermittelte Wissen und Verständnis der allgemeinen sozialwirtschaftlichen Grundlagen ist erforderlich, um Strukturen und Abläufe kritisch einordnen und als Betreuer entsprechend der Arbeitsaufgabe die Vorgehensweise festlegen zu können. Dazu gehört die Kenntnis der Grundprinzipien der unterschiedlichen Rechtsformen mit ihren Vor- und Nachteilen sowie von Funktion und Funktionieren der Organisationen, wie öffentliche Verwaltung und Sozialwirtschaft. Von Bedeutung ist dafür ebenso das vermittelte Grundverständnis vom Handeln in Verwaltung und Organisationen. Das ist nicht nur für angestellte Betreuer, sondern auch für selbständig tätige Berufsbetreuer relevant, da zur Gestaltung einer „guten“ Betreuung die Vernetzung mit den unterschiedlichsten Organisationen erforderlich ist. Entsprechendes Hintergrundwissen ist aus meiner Sicht erforderlich, um das Zusammenwirken der Akteure im System einer Betreuung verstehen und zum Wohl der Betreuten gestalten zu können.

3.10 Modul Soziale Arbeit

Ziel dieses Moduls ist dem generalisierten Charakter des Studienganges entsprechend der Erwerb von Wissen und Verständnis der für die Profession relevanten historischen Entwicklungen und theoretischen Fundierungen. In sechs unterschiedlichen Teilbereichen werden unter anderem Kenntnisse zu Theorien und Hypothesen der sozialen Arbeit im interdisziplinären Rahmen vermittelt. Die Auseinandersetzung mit der Professionalisierungsdebatte innerhalb der Sozialen Arbeit im Unit Professionalisierungsdiskurs ist aus meiner Sicht eine gute Basis für die eigene Rollenklärung, für ein grundlegendes Verständnis von nutzerorientierten Überlegungen oder in Bezug auf eine mögliche selbständige Tätigkeit, wie Betreuung es sein kann.

Im Modulteil Zeitdiagnosen werden Zusammenhänge von Problemprozessen und ihrer öffentlichen Aktualisierung, die Darstellung und Analyse öffentlicher Diskurse als Politik-, Sozial- und Medienphänomene und andere mehr vermittelt. Durch diese Kenntnisse werden der kritische Umgang damit und deren entsprechendes Einordnen im Zeitgeschehen ermöglicht. Sie betreffen in ihrer Allgemeingültigkeit folglich auch das Berufsfeld des Betreuers.

Das in einer weiteren Unit vermittelte Wissen zum Thema Sozialraum ist für Betreuung von Bedeutung, wenn es um die Analyse von Lebenslagen Betroffener oder die Planung der Vorgehensweise zur Betreuung geht. Kenntnisse zu Besonderheiten der Region, des Stadtteils usw. sind zum Beispiel erforderlich, um zuständige Behörden, Einrichtungen, Institutionen usw. einbeziehen zu können. Je nach Aufgabenbereich gilt es geeignete Freizeitangebote zu finden, Nachbarschaftshilfe zu organisieren, Arztbesuche und ähnliches zu planen.

3.11 Modul Aktuelle Diskurse

Fast zum Studienende finden die Lehrveranstaltungen dieses Moduls statt mit dem Ziel, aktuelle Konzepte und Diskurse der Sozialen Arbeit zu kennen und darin den eigenen Standpunkt zu verorten. Studierende sollen ein kritisches Verständnis von Schlüsselproblemen der Sozialen Arbeit und die Fähigkeit verschiedene Handlungsoptionen auszuloten entwickeln. Aktuelle Diskurse gesellschaftlicher und sozialer Probleme sind für rechtliche Betreuung ebenso relevant wie für die verschiedenen Arbeitsfelder der Sozialen Arbeit. Die Aufteilung in mehrere Units ermöglicht Kenntniserwerb und kritische Auseinandersetzung mit ausgewählten unterschiedlichen Inhalten, unter anderen zu Selbstbestimmung am Lebensende und Betreuungsrecht, Kollegiale Beratung, Gesundheitsförderung oder Entgrenzung, Flexibilisierung, Prekarisierung – Arbeit im Wandel und Wandel der Arbeitsgesellschaft. Unter Einbeziehung von vorhandenem Wissen werden in der Auseinandersetzung mit dem aktuellen Bezug neue Zusammenhänge hergestellt. Dies ermöglicht die Entwicklung des Verständnisses für die entsprechenden Probleme und eine Handlungsplanung, die diese berücksichtigt. Eine, wie nicht nur in diesem Modul trainierte, fachübergreifende Sichtweise ist für eine so vielfältige Tätigkeit wie rechtliche Betreuung unabdingbar.

3.12 Modul soziale Ungleichheit

Die in diesem letzten Modul des Studiums vermittelten Grundzüge zum theoretischen Erklärungswissen zur sozialen Ungleichheit befähigen die Studierenden zum Einordnen von Geschlecht als Strukturkategorie und als soziale Konstruktion. Ziel ist, dieses Wissen zu nutzen, um soziale Ungleichheitslagen im jeweiligen Zusammenhang und auf verschiedenen Ebenen aufzuschließen. Zum Verständnis von Lebenslagen Betroffener, ihrer Probleme und deren Bewältigung wird als eine von vielen Kompetenzen auch Genderkompetenz des Betreuers gefordert. Das Wissen zu und die Auseinandersetzung mit Multikulturalität gewinnt

auch im Bereich der rechtlichen Betreuung zunehmend an Bedeutung. Besonderes Verständnis für Betreute mit Migrationshintergrund und angemessenes Handeln ist ein aktuelles Thema im Betreuungsmanagement. Von Betreuern wird erwartet, dass sie sich zum Beispiel auf kulturelle Hintergründe ebenso einstellen wie auf psychische Beeinträchtigungen oder körperliche, geistige oder seelische Behinderungen (Siebels, 2016, S. 36 ff.). Entsprechendes Wissen, wie Interventionsstrategien zur Unterstützung der Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund, ist daher grundlegend erforderlich. Multikulturalität als gesellschaftliche und soziale Ressource anzuerkennen und dies als Haltung im Arbeitsfeld mitzutragen ist aus meiner Sicht für die Betreuer Tätigkeit grundlegend selbstverständlich.

4 Fazit: Eignet sich das Studium der Sozialen Arbeit als eine Voraussetzung für die Tätigkeit als rechtlicher Betreuer?

Im Kapitel 3 wird deutlich, welche Vielfalt an Fachgebieten in diesem Studiengang „steckt“. Die intensive Auseinandersetzung mit dessen Zielen und Inhalten hat mir den beachtlichen Umfang des vermittelten Wissens bewusst gemacht und zu dessen Vertiefung angeregt. Als generalisiertes Grundstudium für die diversen Arbeitsfelder der Sozialen Arbeit angelegt, entsteht in seinem Verlauf zunehmend Verständnis für übergreifende Zusammenhänge.

Eignet es sich damit als eine Grundlage für die den Anforderungen entsprechende Gestaltung einer rechtlichen Betreuung?

Nach meiner Auffassung ist die Antwort eindeutig und lautet „ja“. Dieses Studium ist für die Ausübung der Tätigkeit als Berufsbetreuer nicht die einzig mögliche Grundlage, kann jedoch durchaus eine geeignete sein. Wie bisher dargelegt, wird in diesem Studium in diversen Fachbereichen umfangreiches Wissen über unterschiedliche Lebenslagen, bestehende

gesellschaftliche und soziale Zusammenhänge und Bewältigungsstrategien vermittelt. So ist es möglich, für diese Verständnis zu entwickeln und durch entsprechendes Handeln Betreuung in „... speziellen, klientengerechten Formen...“ (Crefeld, 2003, S. 151) leisten zu können. Als Voraussetzung für den Zugang zu Betroffenen mit ihren die Betreuung erfordernden unterschiedlichen Einschränkungen sind die im Studium erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten hilfreich zum gelingenden Beziehungsaufbau. Dieser ist unbedingt erforderlich, um den gesetzlich geforderten persönlichen Kontakt herzustellen und überhaupt erst als Betreuer tätig werden zu können. Die Vielfalt des erworbenen Wissens und dessen professionelle Anwendung ermöglichen die weitere Gestaltung der Betreuung zum Wohl des Betreuten.

Der **gesamte** Lehrinhalt in seinen Zusammenhängen ist nach meinen Erkenntnissen als eine mögliche Grundlage für die Tätigkeit als Betreuer geeignet. Es ist in kaum einer anderen Profession ein solches Miteinander von anwendungsbereitem Wissen aus Medizin, Psychologie, Pädagogik, Soziologie, Recht und Verwaltung zu finden. Da dieses Wissen grundständig ist, erfordert es Vertiefung oder Spezialisierung durch intensives Selbststudium oder der gewünschten Spezialisierung entsprechende aufbauende Qualifizierung.

Eine Erweiterung der Rechtskenntnisse ist meines Erachtens für Betreuer unbedingt anzuraten. Wissen zu den verschiedenen Rechtsgebieten wie etwa erweiterte Kenntnisse zu vermögensrechtlichen Bestimmungen oder Haftungsansprüchen befähigt sie zu Beratung auch in dieser Hinsicht und ermöglicht ihnen sorgfältiges Abwägen und Festlegen der Handlungsstrategie.

Betreuer sollten selbstverständlich und sicher über Beratungskompetenz verfügen, welche jedoch im Studium nur grundhaft vermittelt werden kann. Da Beratung im gesamten Prozess der Betreuung bedeutsam ist, macht die Forderung der Berufsverbände nach einer diesbezüglichen Zusatzausbildung Sinn.

Im Studium nicht enthalten ist der Bereich Wirtschaft. Insbesondere betriebswirtschaftliche Kenntnisse sind aus meiner Sicht für eine selbständige Tätigkeit erforderlich und können durch Lehrgänge o. ä. erworben werden.

Die Vielfalt des für rechtliche Betreuung erforderlichen Fachwissens macht deutlich, dass auch die beste Fachkraft nicht alle Disziplinen gleichermaßen beherrschen kann. Deshalb sollten Betreuer bei Bedarf auch weiterhin Experten des jeweiligen Fachbereiches hinzuziehen.

5 Schlusswort

Die Berufsverbände BdB e. V. und BVfB e. V. sind sich der Bedeutung der entsprechenden Qualifikationsanforderungen bewusst und fordern Zugangsregelungen für die Tätigkeit als Berufsbetreuer. Diese sehen sie in einer Qualifikation mit Hochschulabschluss.

Ein Bachelor-Studium der Sozialen Arbeit kann eine Grundlage dafür sein. Den vom Berufsstand formulierten hohen Anforderungen entsprechend ist demnach eine weitere Qualifizierung von Vorteil. Mittlerweile können dazu an verschiedenen Hochschulen spezielle Studiengänge – auch berufsbegleitend - belegt werden, wie zum Beispiel die eingangs angeführten Masterstudiengänge „Beratung und Soziales Recht“ in Frankfurt/ Main oder „Beratung und Vertretung im Sozialen Recht“ in Köln. Ein Bachelorabschluss „Soziale Arbeit“ ist dafür eine mögliche Zugangsvoraussetzung.

Die hergeleitete Eignung des Studiums der Sozialen Arbeit stellt keine Herabsetzung anderer Ausbildungen und Berufsfelder dar, da die Qualität der Betreuung vor allem durch das professionelle Handeln der Person des Betreuers bestimmt wird und regelmäßige Weiterbildung Pflicht eines jeden Betreuers ist. Vielmehr geht es darum, das Potential dieses Studienganges anzuerkennen und rechtliche Betreuung als ein mögliches Arbeitsfeld in Betracht zu ziehen.

Literaturverzeichnis

Bauer, A. (2003). Zwischenbilanz der Umsetzung des Betreuungsrechts. In: Brill, K.-E. (Hrsg.) (2003). „Zum Wohl des Betreuten“. Betrifft: Betreuung. Bd. 5. S. 40-48.

Recklinghausen: Vormundschaftsgerichtstag e. V. Eigenverlag

Becker, T. (2016). Qualifikationsanforderungen an Betreuer/innen aus der Praxis entwickeln. In: Bundesverband der Berufsbetreuer/innen e. V. (2016). Kompass. Fachzeitschrift für Betreuungsmanagement. Ausgabe 1/2016. S. 8-11. Köln: Balance buch + medien verlag (Imprint der Psychiatrie Verlag GmbH)

Böhm, H., Marburger, H., Spanl, R. (2015). Betreuungsrecht Betreuungspraxis Ausgabe 2015. Kommentar und Arbeitshilfen.

Regensburg: Walhalla Fachverlag

BtPrax. Zeitschrift für soziale Arbeit, gutachterliche Tätigkeit und Rechtsanwendung in der Betreuung. Ausgabe 6/ 2006.

Köln: © Bundesanzeiger Verlag GmbH

BtPrax. Zeitschrift für soziale Arbeit, gutachterliche Tätigkeit und Rechtsanwendung in der Betreuung. Ausgabe 3/ 2007.

Köln: © Bundesanzeiger Verlag GmbH

Bucic, R. (2003). Die Bestellung eines Betreuers gegen den Willen des Betroffenen. In: Brill, K.-E. (Hrsg.) (2003). „Zum Wohl des Betreuten“ . Betrifft: Betreuung. Bd. 5. S. 86-98. Recklinghausen: Vormundschaftsgerichtstag e. V. Eigenverlag

Bundesverband der Berufsbetreuer/innen e. V. (2016). Kompass. Fachzeitschrift für Betreuungsmanagement. Ausgabe 1/2016.

Köln: Balance buch + medien verlag

Budde, L. (2014). Einführung. In: Betreuungsrecht. 12. Auflage. Sonderausgabe. S. VII – XXIII. München: Deutscher Taschenbuchverlag.

Crefeld, W. (2003). Gemeinsame fachliche Standards für die Betreuungsarbeit. In: Brill, K.-E. (Hrsg.) (2003). „Zum Wohl des Betreuten“. Betrifft: Betreuung. Bd. 5. S. 144-154.

Recklinghausen: Vormundschaftsgerichtstag e. V. Eigenverlag

Crefeld, W. (2003). Masterstudiengänge Beratung und Soziales Recht. In: Brill, K.-E. (Hrsg.) (2003). „Zum Wohl des Betreuten“. Betrifft: Betreuung. Bd. 5. S. 174-176. Recklinghausen: Vormundschaftsgerichtstag e. V. Eigenverlag

Crefeld, W. (2007). Betreuungs- mit Rechtskompetenz verbinden. In: BtPrax. Zeitschrift für soziale Arbeit, gutachterliche Tätigkeit und Rechtsanwendung in der Betreuung. Ausgabe 3/ 2007. S.29-31.

Köln: © Bundesanzeiger Verlag GmbH

Crefeld, W. (2013). Die persönlichen Rechte psychisch kranker Menschen – Schutz und Eingriffe. In: Trost, A., Schwarzer, W. (Hrsg.) (2013). Psychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie für psycho-soziale und pädagogische Berufe. S. 531-564. Basel: Borgmann Holding. Dortmund: Borgmann publishing.

Dannhäuser, B. (2014). Systematische Einführung. In: Deutscher Caritasverband (2014). Praxiswissen Betreuungsrecht. S. 1-20.

München: Verlag C. H. Beck. Lambertus.

Deutscher Caritasverband e. V. (Hrsg.) (2014). Praxiswissen Betreuungsrecht. Für Ehrenamtliche, Familienangehörige und Bevollmächtigte.

München: Verlag C. H. Beck. Lambertus.

Diekmann, A., Lipp, V., Meier, S. im Auftrag des VGT e. V. (Hrsg.) (2010). Der Mensch im Mittelpunkt. Betrifft: Betreuung. Bd. 10.

Köln: Bundesanzeiger Verlagsges. M. b. H.

Engelfried, U. (2016). Was ist gute Betreuung, was braucht gute Betreuung? In: Bundesverband der Berufsbetreuer/innen e. V. (2016). Kompass. Fachzeitschrift für Betreuungsmanagement. Ausgabe 1/2016. S. 46. Köln: Balance buch + medien verlag.

Eulitz-Reißig, S. (2005). Von der Vormundschaft zur Betreuung. Zur Umsetzung des Betreuungsrechtes am Beispiel des Großkreises Freiberg. Diplomarbeit an der Hochschule Mittweida. Fachbereich Soziale Arbeit.

Galuske, M. (2011). Methoden der Sozialen Arbeit.
Weinheim und München: Juventa.

Grabow, M. (2011). Betreuung. Betreuungsbehörde. In: Fachlexikon der sozialen Arbeit. S. 110-112. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft

Heitmann, A. (2016). Qualität aus Sicht von Klient/innen. Betreuer/innen sollen voll und ganz an unserer Seite stehen. In: Bundesverband der Berufsbetreuer/innen e. V. (2016). Kompass. Fachzeitschrift für Betreuungsmanagement. Ausgabe 1/2016. S. 22-25.

Köln: Balance buch + medien verlag

Hochschule Mittweida Fakultät Soziale Arbeit (2013). Modulhandbuch Bachelor of Arts: Soziale Arbeit berufsbegleitendes Studium.

Looz, C. von, Zander, K.-H. (2003). Können sinnlose Betreuungen erforderlich sein? In: Brill, K.-E. (Hrsg.) (2003). „Zum Wohl des Betreuten“. Betrifft: Betreuung. Bd. 5. S. 67 – 71.

Recklinghausen: Vormundschaftsgerichtstag e. V. Eigenverlag

Röchling, W. (2012). Jugend-, Familien- und Betreuungsrecht für die Soziale Arbeit. In: Bieker, R. (Hrsg.) (2012). Grundwissen Soziale Arbeit. Bd. 9. Stuttgart: W. Kohlhammer GmbH

Salzbrenner, A. (2004). Von der Berufsbetreuung zum Beruf Betreuer. Situation im Betreuungsrecht zur Qualitätssicherung und Professionalisierung. Diplomarbeit an der Hochschule Mittweida (FH) Fachbereich soziale Arbeit.

Schäfer, S. (2011). Auswirkungen des 2. Betreuungsrechtsänderungsgesetzes auf die Arbeit von selbständigen Berufsbetreuern. Bachelorarbeit an der Hochschule Mittweida. Fakultät Soziale Arbeit

Seitz, W., Zander, K.-H. (2003). Der Erforderlichkeitsgrundsatz im Betreuungsrecht. In: Brill, K.-E. (Hrsg.) (2003). „Zum Wohl des Betreuten“. Betrifft: Betreuung. Bd. 5. S. 49-54.

Recklinghausen: Vormundschaftsgerichtstag e. V. Eigenverlag

Siebels, J. (2016). Fachlich keine zusätzlichen Anforderungen.

In: Bundesverband der Berufsbetreuer/innen e. V. (2016). Kompass.

Fachzeitschrift für Betreuungsmanagement. Ausgabe 1/2016.

Köln: Balance buch + medien verlag

Trenczek, T., Tammen, B., Behlert, W. (2011). Grundzüge des Rechts.

Studienbuch für soziale Berufe. München Basel: Ernst Reinhardt Verlag.

Trost, A., Schwarzer, W. (Hrsg.) (2013). Psychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie für psycho-soziale und pädagogische Berufe.

Basel: Borgmann Holding. Dortmund: Borgmann publishing.

Zander, K.-H. (2006). Elemente einer Qualitätsdiskussion im Betreuungs-wesen. In: BtPrax. Zeitschrift für soziale Arbeit, gutachterliche Tätigkeit und Rechtsanwendung in der Betreuung. Ausgabe 6/ 2006.

S. 50-53. Köln: © Bundesanzeiger Verlag GmbH

Zander, K.-H. (2014). Der freie Wille des Betreuten. Vortrag auf der gemeinsamen Fachtagung der LAG Betreuungsvereine und der Betreuungs-behörden Sachsen-Anhalt in Wernigerode am 05.11.2014.

http://www.bgt-ev.de/fileadmin/Mediendatenbank/Themen/Einzelbeitraege/Zander/Der_freie_Wille_des_Betreuten.pdf. verfügbar 18.12.2016

Zenz, G. (2003). Von der Vormundschaft zur Betreuung: Erwartungen an das Betreuungsrecht. In: Brill, K.-E. (Hrsg.) (2003). „Zum Wohl des Be-treuten“. Betrifft: Betreuung. Bd. 5. S. 31-39.

Recklinghausen: Vormundschaftsgerichtstag e. V. Eigenverlag

Rechtsquellen

Bürgerliches Gesetzbuch (2015). Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002, zuletzt geändert 20.11.2015. (BGBl. I S. 2018)

Bundeswahlgesetz

In der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Juli 1993 (BGBl. I S. 1288, 1594), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 3. Mai 2013 (BGBl. I S. 1084) geändert worden ist.

<https://www.bpb.de/nachschlagen/gesetze/bundeswahlgesetz/>

verfügbar 12.12. 2016

Sächsisches Wahlgesetz – SächsWahlG. Bekanntmachung der Neufassung des Gesetzes über die Wahlen zum Sächsischen Landtag

Vom 15. September 2003. www.recht.sachsen.de. Verfügbar 12.12.2016

www.bundesgesetzblatt.de | Ein Service des Bundesanzeiger Verlag

www.bundesanzeiger-verlag.de. Verfügbar 13.12.2016

Erklärung

Ich erkläre, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt habe.

Drehfeld, 13.01.2017

Katrin Langner